

## Winnenden

### Bürgerstiftung verteilt das Apfelgeld an die Obsterntegruppen

660 Schüler und 90 Eltern und Lehrer an der Aktion beteiligt

▶ Seite B 2

## Berglen

### Mit Sarah Rehberg hat der junge Chor einen guten Start

Songs aus Pop und Jazz: Auch absolute Anfänger willkommen

▶ Seite B 3

## Rems-Murr

### Bedroht uns der Fuchsbandwurm?

Scharmützel Tierschützer – Jäger, ein Wissenschaftler kommentiert

▶ Seite C 2

## Rems-Murr

### Erdogans Feldzug gegen die Kurden und die Demokratie

Ist das, was die Regierung Erdogan als Kampf gegen kurdische Terroristen ausgibt, in Wahrheit nicht eher ein Versuch, basisdemokratische Strukturen zu zerschlagen? Wie sollte Europa reagieren? In Waiblingen findet dazu ein Abend statt. Der Journalist Thomas Milz, die Kurdin Aygül Aras sowie Serra Bucak, Stadträtin in Diyarbakir, und Bahar Yildirim, Stellvertreterin der Bürgermeisterin von Sur, diskutieren.

▶ Seite C 3

7 Tage bis zur Messe

**BAU  
ENERGIE  
UMWELT**

**Bürgerzentrum  
Waiblingen**

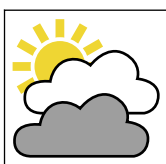
## Wir sind für Sie da

AboService (07151) 566-444  
aboservice@zvz.waiblingen.de  
8.00 - 12.00 Uhr

## Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
9764,88 Pkt. +190,72 Pkt.	3023,21 Pkt. +79,29 Pkt.	1,0823Dollar -0,80 Cent

## Wetter



Mittags 6°  
Nachts -1°  
Anfangs Regen, später  
örtlich recht freundlich



## Winnender Albertville-Schule gibt ein Fest für Afrika



Zum vierten Mal stieg in der Aula der Albertville-Realschule die Party für Afrika, organisiert von der ökumenischen Schulgemeinschaft, der

auch Maria und Rahel angehören (Foto: Habermann). Sie servierten den Gästen Gaisburger Marsch – und der Erlös vom Verkauf des schwä-

bischen Eintopfs geht an eine Suppenküche in Namibia. Dort, im Dorf Hoachanas, leben Kinder, deren Eltern ihnen keine drei Mahlzeiten

am Tag geben können. Durch das Engagement aus Winnenden werden täglich sechs Kinder und die Köchin satt. ▶ Seite B 1

## Zahnersatz für Flüchtlinge könnte Milliarden kosten

**Exklusiv** Ärzte schlagen Alarm – Kanzlerin Merkel sichert Türkei Unterstützung zu

Bei vielen Flüchtlingen muss das Gebiss umfassend saniert werden. Die Kosten könnten in die Milliarden gehen. Geld, für das am Ende die Sozialkassen aufkommen müssten.

VON JÜRGEN BOCK

STUTTGART. Zahnärzte befürchten, dass durch die Behandlung von Flüchtlingen bald Milliardenkosten anfallen könnten. Denn zumindest bei den Asylsuchenden, die wegen Beschwerden in ihre Praxen kommen, ist der Zustand des Gebisses oft katastrophal. Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg bestätigt

das: „Bei einem großen Teil der Flüchtlinge besteht Bedarf auf eine umfassende zahnmedizinische Behandlung oder Sanierung der Gebisse. Das ist mit entsprechenden Kosten verbunden“, sagte Direktor Knuth Wolf unserer Zeitung.

In den ersten 15 Monaten ihres Aufenthalts in Deutschland haben Asylsuchende nur Anspruch auf Behandlung bei akuten Erkrankungen oder Schmerzzuständen. Danach bekommen sie den gleichen Zugang etwa zu Zahnersatz wie Versicherte der gesetzlichen Krankenkassen. Schätzungen für den Gesamtaufwand gibt es bisher noch nicht. Experten gehen aber von Kosten in Höhe von 10 000 Euro pro Komplettbehandlung aus. Angesichts der Flüchtlingszahlen könnte sich das schnell

auf mehrere Milliarden Euro summieren. Sie würden wohl an den Sozialkassen hängenbleiben.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will ihren Kurs zur Bewältigung der Flüchtlingskrise gegen alle Kritik fortsetzen. „Einzelne Lösungen, jeder Staat für sich, werden uns da nicht weiterhelfen, sondern wir brauchen einen gesamteuropäischen Ansatz“ sagte sie nach den deutsch-türkischen Regierungskonsultationen am Freitag in Berlin. Sie sicherte der Türkei ausdrücklich die von der EU in Aussicht gestellten drei Milliarden Euro für eine bessere Versorgung der dort lebenden rund 2,5 Millionen Flüchtlinge aus Syrien zu.

▶ Kommentar  
▶ Seite 2

## Wo du wolle?

Brutale Actionszenen in Neuseeland: Zwei Benzindiebe wurden dort nach neunzigminütiger Verfolgungsjagd niedergemäht. Als eine Schafherde vor ihrem Auto lammsam die Fahrbahn überquerte, war der Fluchtversuch gelaufen. Die Polizei zog beiden noch auf der Fahrbahn die Hammelbeine lang. Damit die Beschuldigten sich vor ihrer Vernehmung nicht absprechen können, wurden sie in unterschiedlichen Zellenblöcken untergebracht. Strafmildernd dürfte der Umstand gewichtet werden, dass kein Schaf verletzt wurde. Neuseeland ist nämlich ein sehr schaffreundliches Land. Auf 1000 Einwohner kommen 10 000 Schafe. Um die Gefühle dieser Tiere nicht zu verletzen, sind vor allem Touristen aus Bayern angehalten, dort kein Schafkopf zu spielen. (rai)



## SPD will höhere Honorare für Ärzte verhindern

Auch Mediziner streiten über neue private Gebührenordnung

VON NORBERT WALLET

BERLIN. Eine neue Gebührenordnung (GOÄ) für Ärzte für die Abrechnung von Privatpatienten droht am massiven Widerstand der SPD zu scheitern. SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach sagte unserer Zeitung, seine Partei werde „alles tun, um das aufzuhalten“. Eine neue Gebührenordnung mit erhöhten Honoraren vertiefe den Graben zwischen Privater und Gesetzlicher Krankenversicherung, „und zwar zulasten der gesetzlich Versicherten“.

An diesem Samstag kommt in Berlin der Deutsche Ärztetag zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, um über die GOÄ-Reform zu beraten. Viele Ärzte sind mit den

bisher bekannten Details nicht einverstanden. Die geltende GOÄ stammt aus dem Jahr 1982 und wurde zuletzt 1996 überarbeitet. Die Ärzte müssen sich mit der Privaten Krankenversicherung (PKV) auf eine neue Gebührenordnung verständigen. Das Bundesgesundheitsministerium müsste sie per Rechtsverordnung in Kraft setzen.

Alarmierend für die Ärzte sind auch Stimmen aus der Union. Deren Gesundheitsexperte Michael Hennrich sagte, man werde eine Vereinbarung zwischen Ärzten und PKV „in Hinblick auf Kostensteigerungen einer kritischen Prüfung unterziehen“, zumal weiter mit deutlichen Beitragssteigerungen in der PKV zu rechnen sei.

▶ Seite 2

## Kommentar

### Gedankenlos

In der Flüchtlingspolitik tut sich eine Baustelle nach der anderen auf

VON JÜRGEN BOCK

„Wir schaffen das“, hat Angela Merkel verkündet. Mehr und mehr zeigt sich nun, worüber sie sich dabei keine Gedanken gemacht hat. Vielleicht auch gar nicht machen konnte, weil es nicht absehbar war. Doch mit der Zahl der Flüchtlinge gerät das System in Deutschland immer häufiger an Grenzen.

Ärzte klagen schon länger über Riesenandrang in den Praxen, über Verständigungsprobleme, über Asylsuchende, die ohne Termin kommen oder sich nicht an getroffene Vereinbarungen halten. Um Abhilfe zu schaffen, werden jetzt immer häufiger mobile Arztpraxen erprobt, die zu den Unterkünften kommen. Doch mit dem Organisatorischen ist es nicht getan. Denn irgendjemand muss all die Rechnungen auch bezahlen.

Da klingt nicht gut, was jetzt aus Zahnärztkreisen verlautet: Viele Flüchtlinge haben so schlechte Zähne, dass umfangreiche und teure Sanierungsarbeiten notwendig werden. Nicht jetzt sofort, aber spätestens nach 15 Monaten, wenn sie Anspruch auf umfangreiche Leistungen haben. Die große Kostenwelle könnte in spätestens einem Jahr losrollen. Die Rede ist von Milliardenbeträgen. Dass es noch keine Erhebungen gibt, ist erschreckend.

Das Problem lässt sich schwer lösen. Einerseits kann man der stauenden Öffentlichkeit schwerlich erklären, dass sich womöglich Zigtausende auf ihre Kosten das Gebiss sanieren lassen dürfen. Andererseits kann man keine Bürger zweiter Klasse schaffen: Dass Asylbewerber, die dauerhaft im Land bleiben, irgendwann denselben Anspruch auf medizinische Versorgung haben müssen wie alle, liegt auf der Hand. Es gilt, Lösungen zu finden, bevor die Flüchtlingspolitik in die nächste offene Baustelle stolpert. Und mit ihrer Steuerzahler.

j.bock@stn.zgs.de

## Bis Montag garantiert kein Feinstaubalarm

Wetter ist zu Beginn der kommenden Woche günstig – Stuttgarter Soziologe: Im Alarmfall möglicherweise Teilsperren notwendig

VON JOSEF SCHUNDER

STUTTGART. Der erste bundesweite Feinstaubalarm ist vorbei. In der Nacht von Freitag zum Samstag ging er zu Ende. Zuvor wurde eine weitere Überschreitung des Feinstaub-Grenzwertes von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft bekannt: Am Donnerstag, dem vierten Tag der Alarmphase in Stuttgart, sind am Neckartor im Tagesmittel rund 95 Mikrogramm Feinstaubpartikel gemessen worden. Erlaubt sind von der

Europäischen Union pro Jahr 35 Tage mit Überschreitungen. 2016 gab es schon fünf.

Für die Beendigung des Alarms sorgte eine Wetteränderung, die sich am Freitag angebahnt hatte. An diesem Wochenende und auch am Montag werde die austauschbare Inversionswetterlage abklingen, sagte eine Sprecherin der Stadt. Man erwarte Regen. Für die weiteren Tage in der kommenden Woche sehe es auch nicht schlecht aus. Bisher könne man den zweiten Feinstaubalarm aber nur bis Montagabend, 24 Uhr,

ausschließen. Am Sonntag wird geprüft, ob von Dienstag an wieder ein Alarm notwendig ist.

Die Diskussionen in Stuttgart über den Versuch, den Autoverkehr an kritischen Tagen zu verringern, geht weiter. Die SPD forderte am Freitag, stärkere Anreize zum Umstieg auf Busse und Bahnen zu geben. So könnten beispielsweise alle Tickets während des Feinstaubalarms zum günstigeren Kinderpreis abgegeben werden, erklärte der SPD-Kreisvorsitzende Dejan Perc. Der

Soziologe Ortwin Renn von der Universität Stuttgart sagte unserer Zeitung, wahrscheinlich werde man künftig auf breiten Einfahrtsstraßen in Stuttgart eine Sperrung müssen, um mehr Autofahrer von der Fahrt nach Stuttgart abzuhalten. Denn bisher ging die Verkehrsmenge nach ersten Erkenntnissen nur um etwa drei Prozent zurück. Dass von 2018 an verbindlich komplette Fahrverbote durchgesetzt werden könnten, wenn die Appelle keine Wirkung haben, glaubt Renn nicht.